

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

40. Sitzung

Agrarausschuss

23. Sitzung

am Donnerstag, dem 29. März 2001, 9:30 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Ursula Kähler (SPD)	Vorsitzende
Holger Astrup (SPD)	
Birgit Herdejürgen (SPD)	in Vertretung von Wolfgang Fuß
Renate Gröpel (SPD)	
Günter Neugebauer (SPD)	
Hans-Jörn Arp (CDU)	
Berndt Steincke (CDU)	
Rainer Wiegard (CDU)	
Dr. Heiner Garg (F.D.P.)	in Vertretung von Wolfgang Kubicki

Anwesende Abgeordnete des Agrarausschusses

Claus Hopp (CDU)	Vorsitzender
Hermann Benker (SPD)	
Wilhelm-Karl Malerius (SPD)	in Vertretung von Hermann Benker (zeitweise)
Maren Kruse (SPD)	
Dr. Henning Höppner (SPD)	
Helmut Plüschau (SPD)	
Friedrich-Carl Wodarz (SPD)	
Jürgen Feddersen (CDU)	
Claus Ehlers (CDU)	
Peter Jensen-Nissen (CDU)	
Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)	
Rainder Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Weitere Abgeordnete

Klaus Klinckhamer (CDU)
Lars Harms (SSW)
Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Reinhard Sager (CDU)
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

**Antrag auf Entsperrung von 1 Million DM bei
Titel 0802-685 61, Tourismusmarketing**

Seite 4

Die Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Kähler, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 9:30 Uhr und stellt die **Beschlussfähigkeit** des Finanzausschusses fest. Die **Tagesordnung** wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

**Antrag auf Entsperrung von 1 Million DM bei
Titel 0802-685 61, Tourismusmarketing**

Die Vorsitzende führt aus, dass die Arbeitsbelastung des Ministeriums als Folge der BSE-Krise die Vorlage eines schlüssigen Konzepts in Schriftform für die Freigabe der gesperrten Mittel nicht ermöglicht habe. Der Ausschuss sei deshalb bereit, einen mündlichen Bericht entgegenzunehmen, erwarte allerdings, dass die schriftliche Vorlage nachgereicht werde.

GF Dellnitz berichtet, dass er offiziell zwar erst seit 1. März dieses Jahres Geschäftsführer der TASH sei, jedoch bereits seit etlichen Monaten an den für die Saison 2001 für den Tourismus relevanten Entscheidungen mitgewirkt habe. Schwerpunkt der Arbeit der TASH, die sieben bis zehn Mitarbeiter beschäftigen werde, sei das Marketing. Dabei setze man komplett auf externe Partner; man sei damit flexibler, könne den Partner gegebenenfalls wechseln und im Ergebnis kostengünstiger arbeiten.

Einen Buchungskatalog auf Landesebene gebe es in diesem Jahr nicht. Es sei jedoch ein Vertrag mit der TUI zustande gekommen, die einen Schleswig-Holstein-Katalog herausgegeben habe. Gespräche mit anderen Reiseveranstaltern liefen derzeit. Die Tourismus-Agentur sei überzeugt, diese Betriebsschiene deutlich ausbauen zu können. Man setze dabei sehr stark auf den Bereich Themen- und Zielgruppenmarketing, um den Bedürfnissen der potenziellen Gäste gerecht zu werden.

Abg. Arp möchte wissen, welche Aktivitäten die TASH bisher in Richtung auf den von der Ministerpräsidentin propagierten „Wellness-Standort Schleswig-Holstein“ unternommen habe und ob das Verhalten der Sparkassen hinsichtlich des auf Sylt vorgestellten Marketing mit der Tourismus-Agentur abgestimmt worden sei.

GF Dellnitz antwortet, die TASH werde im Herbst/Winter für die Saison 2002 ein Produkt auf den Markt bringen, das Schleswig-Holstein das Profil eines Urlaubslandes gebe. Innerhalb der TASH werde sich ein Projektmanager gezielt mit dieser Thematik beschäftigen. Zum Online-Marketing merkt GF Dellnitz an, dass es unbefriedigend sei, zwei Plattformen nebeneinander laufen zu haben, und dass es deshalb schon in den nächsten Tagen eine stärkere Anbindung beider Systeme geben werde. Das Buchungssystem der Hotellerie müsse erst einmal kontrolliert und hinterfragt werden, ob es von der Qualität und von der Funktionalität her wirklich in Ordnung sei.

Abg. Dr. Garg bittet um nähere Angaben zum Themen- und Zielgruppenmarketing. GF Dellnitz stellt heraus, es sei ratsam, ein Urlaubsland in verschiedene Themengebiete - beispielsweise Radfahren und Wassersport - zu unterteilen und die Zielgruppe derjenigen, die einen Kurzurlaub - vor allen Dingen in der Nebensaison - ins Auge gefasst habe und die zurzeit nur von wenigen Bundesländern beworben werde, konkret mit brauchbaren Angeboten anzusprechen. Welche Produkte auf den Markt gebracht werden, sei Sache des Marketingbeirats. Nicht ratsam wäre es, lediglich eine „Image-Broschüre Schleswig-Holstein“ auf den Markt zu bringen, in der die Aussage getroffen werde, dass Schleswig-Holstein schön sei und dass es sich lohne, dort einen Urlaub zu verbringen.

Abg. Harms fragt, ob die Dachmarkenkonstruktion von der TASH weitergeführt werde. GF Dellnitz antwortet, es sei Aufgabe der TASH, die eigenen Angebote unter einer Dachmarke zu bündeln und zu sortieren.

Auf eine weitere Frage des Abg. Harms erwidert GF Dellnitz, dass der Gesellschaftervertrag der TASH keine Gewinnerzielungsabsichten in aller Konsequenz beschreibe. Trotz der GmbH-Stellung habe die TASH die Funktion einer Dachorganisation und müsse dies auch umsetzen. Allerdings gehe die TASH davon aus, dass ihr in Zukunft 10 bis 20 % des Gesamtumsatzes auch durch Service-Aufgaben sowie durch Auftrags- und Schlüsselprojekte verblieben. AL Börner ergänzt, dass nach der Arbeitsweise der TASH Beträge von Dritten, die sich an Projekten oder Katalogen beteiligen, nicht unbedingt als Einnahmen der TASH in deren Geschäftsbericht auftauchen.

Abg. Neugebauer führt aus, er lege Wert darauf, dass die Sachdarstellungen nicht das seinerzeit vom Finanzausschuss angeforderte Konzept ersetzen, jedoch sei festzuhalten, dass dem die Formulierung guter Absichten, verbunden mit der erfrischenden Kreativität des neuen Geschäftsführers, entspreche. Das Vorgetragene lasse Fortschritte erkennen und belege darüber hinaus, dass es dank der restriktiven Haltung der SPD gelungen sei, zu einer wesentlichen Korrektur sowohl bei den Verantwortlichen in der Verbandswirtschaft als auch in der Landes-

regierung zu kommen. Die ungeprüfte Freigabe der gesperrten Mittel habe die SPD weder im Interesse der Steuerzahler noch im Interesse des Tourismus für verantwortbar gehalten.

Die SPD sei jedoch - so betont Abg. Neugebauer - gewillt, die noch gesperrten Mittel in Höhe von 1 Million DM freizugeben, knüpfe daran allerdings Erwartungen und stelle dazu Bedingungen, von deren Erfüllung es abhängen werde, in welcher Höhe Mittel für das Jahr 2000 und die Folgejahre bereitgestellt werden:

1. Schleswig-Holstein tritt mit einem einheitlichen Logo zur unverwechselbaren Identität auf dem Markt der Wettbewerber auf.
2. Die Marketingmittel, die das Land bereitstelle, stehen für die Landeswerbung und nicht für den Zugriff der Vertreter der Regionalverbände zur Verfügung.
3. Nach der Neuordnung der Stimmenverhältnisse muss durch Stimmenbündelung der Wirtschaftsvertreter in der Gesellschaftsversammlung sichergestellt sein, dass Wirtschaftsinteressen den Verbandsinteressen nicht untergeordnet werden.
4. Es wird die Absicht der TASH begrüßt, künftig Marketingmittel zielgruppenorientiert einzusetzen.
5. Mit der Neuordnung des Buchungssystems ist eine kostengünstige Weitergabe von Anfragen und Kosten an die regionalen Reservierungssysteme sichergestellt.
6. Die Landesregierung wird dem Parlament noch vor der Sommerpause einen Bericht geben, in welcher Weise die Erwartungen und Bedingungen umgesetzt worden sind.

Abg. Arp nimmt Bezug auf die Diskussion über das Gütezeichen „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“ und fragt, ob es dem Tourismus nutze, dieses Siegel in die Tourismuswerbung zu integrieren, und ob die zur Verfügung stehenden Mittel ausreichen, ein umfassendes Wellness-Angebot zu erstellen.

Abg. Arp geht weiter auf die Ausführungen des Abg. Neugebauer ein und bezeichnet die Stimmenbündelung als undemokratische Vorgabe.

Abschließend merkt Abg. Arp an, dass die Präsentation Schleswig-Holsteins auf der Internationalen Tourismusbörse „nicht besonders berauschend“ gewesen sei und erkundigt sich danach, ob die TASH andere Vorstellungen für ein entsprechendes Konzept haben.

Die Vorsitzende wirft ein, GF Dellnitz sei erst seit wenigen Wochen im Amt, und empfiehlt, die Protokolle insbesondere des Finanzausschusses der letzten Jahre zum Thema Tourismus nachzulesen. Dabei werde man feststellen, dass dem Finanzausschuss all die Jahre immer wieder versichert worden sei, dass das vorgelegte Konzept „das besondere“, „das gute“ sei, und jedes Mal habe sich der Finanzausschuss überreden lassen und sei letztlich enttäuscht worden.

Abg. Heinold erklärt, ihr sei daran gelegen, dass die vom Land zur Verfügung gestellten Mittel auch mit einem für das Land sichtbaren Erfolg ausgegeben werden. Sie teile die von GF Dellnitz vorgetragene Perspektive, künftig Themen und Zielgruppen und nicht das Land in den Vordergrund zu stellen. Sichtbar geworden sei die Notwendigkeit dieses Umschwenkens auf der schon angesprochenen Internationalen Tourismusbörse in Hamburg: Mecklenburg-Vorpommern trete zwischenzeitlich moderner auf als Schleswig-Holstein, dessen Selbstdarstellung nur noch als „altbacken“ bezeichnet werden könne.

Leider liege ein schriftliches Konzept nicht vor, aus dem sich die Mittelverteilung ablesen lasse. Weil aber Schleswig-Holstein darauf angewiesen sei, dass für den Tourismus geworben werde, plädiere auch sie für eine Freigabe der Mittel, schließe sich aber auch der Forderung der SPD nach Vorlage eines Zwischenberichts und einer perspektivischen Darstellung an. Außerdem möchte sie wissen, mit welchen Argumenten der Finanzausschuss überzeugt werden solle, im nächsten Haushaltsjahr Mittel bereitzustellen.

St Döring betont, der Finanzminister habe den Antrag auf Entsperrung gestellt aus der Überzeugung, dass die notwendige Arbeit jetzt geleistet werden müsse, damit die bevorstehende Hauptsaison für das Land nicht verloren gehe. Der Umstand, dass zurzeit kein schriftliches Konzept vorliege, finde seine Begründung in der besonderen Situation des Ministeriums - BSE und MKL -. Er gehe davon aus, dass das Ministerium das Versäumte nachholen und damit zunächst den Finanzminister und anschließend den Finanzausschuss von der Tragfähigkeit des Konzeptes überzeugen werde.

P Dr. Korthals erklärt, das Ministerium werde mit Sicherheit ein schriftlich nachprüfbares Konzept vorlegen, das die Ziele definiere, an denen man die Agierenden in absehbarer Zeit auch messen könne.

Abg. Dr. Garg knüpft an die Ausführungen des Abg. Neugebauer an, der herausgestellt habe, dass das eingeforderte Konzept nicht vorliege, und schließt sich seiner Forderung an, einen ersten Zwischenbericht noch vor der Sommerpause vorgelegt zu bekommen. Er habe

„Bauchschmerzen“, dem Antrag auf Freigabe lediglich auf der Basis optimistischer Absichtserklärungen zuzustimmen.

Abg. Dr. Garg stellt weiter den Begriff Wellness-Standort in den Mittelpunkt seiner Ausführungen und fragt, inwieweit die TASH in die Konzeptionierung einer Marktstrategie eingebunden sei und wann mit ersten Ergebnissen zu rechnen sei. AL Börner verweist auf die Vorlage des Ministeriums vom 14. November 2000, Umdruck 15/474. Es sollte nicht der Eindruck entstehen, als werde gänzlich plan- und führungslos gearbeitet.

Abg. Astrup führt aus, wenn die TASH dem Finanzausschuss schon im Januar schon ein überzeugendes Konzept vorgelegt hätte, wären die Mittel auch schon im Januar freigegeben worden. Die sich abzeichnende Entscheidung, dem Antrag auf Entsperrung stattzugeben, stelle einen erheblichen Vertrauensvorschuss dar, der in der Erwartung abgegeben werde, dass dem Finanzausschuss vor der Sommerpause ein Zwischenbericht vorgelegt werde, damit bekannt werde, „wohin die Reise gehen soll“.

Abg. Neugebauer geht auf die Ausführungen des Abg. Arp ein und erklärt, die SPD lege nach den Erfahrungen der Vorjahre großen Wert darauf, dass bei der TASH das wirtschaftliche Denken zur Geltung gebracht werde und nicht Verbandsinteressen in den Vordergrund der Überlegungen gestellt werden. Da die so genannte Wirtschaftsseite nur noch über 50 % der Stimmen verfüge, dürften nach Ansicht der SPD die Verbandsinteressen kein Übergewicht haben, da sich anderenfalls die Erfahrungen der letzten Jahre wiederholen würden.

GF Dellnitz merkt an, die Messbarkeit des Erfolges im Tourismus sei angesichts des sehr komplizierten Produkts außerordentlich schwierig. So stelle sich beispielsweise die Frage, ob der Erfolg an den Übernachtungszahlen oder an den Gästezahlen zu messen sei. Die TASH sei in einer riesigen Maschinerie nur ein kleines Rädchen. Wenn sie ihre Partner nicht bewegen könne, finanziell und ideell mitzuarbeiten, sei sie absolut ineffizient. Er werde in den nächsten Wochen und Monaten sehr viel Werbung betreiben und die in Betracht Kommenden motivieren, gemeinsam mit der TASH zu arbeiten.

GF Dellnitz geht weiter auf eine Bemerkung des Abg. Astrup ein und stimmt ihm darin zu, dass der Prospekt der TUI - sehr zur Freude der TUI und der TASH - seit kurzem vergriffen sei; im Augenblick sei ein Nachdruck in Arbeit.

Zu dem Auftreten Schleswig-Holsteins auf der Internationalen Tourismusbörse erklärt GF Dellnitz, es sei der Wunsch geäußert worden, dass die TASH in der Zukunft die ITB - wie

übrigens auch die eine oder andere Fachmesse - zumindest als Dach umgestalte und vorbereite.

Abschließend führt GF Dellnitz aus, dass ihm das Gütezeichen „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“ nicht in einer Weise bekannt sei, dass er dazu Entscheidendes sagen könne. Zur Qualitätssicherung sei allerdings anzumerken, dass es sich die TASH als wesentliche Aufgabe gestellt habe, alle Angebote, die von ihr vermarktet werden, zu überprüfen mit dem Ziel, nur die besten Angebote nach außen zu setzen; so genannte Trittbrettfahrer fänden keine Unterstützung.

Dem Antrag des Finanzministers auf Freigabe der gesperrten Mittel wird einstimmig stattgegeben.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 10:20 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. R. Breitkopf

Geschäfts- und Protokollführer